

EXTREMISMUSPRÄVENTION PRÄZISER DENKEN

Fünf Impulse
für eine integrierte Präventions- und
Demokratieförderungsarchitektur
in Baden-Württemberg

Landesarbeitsgemeinschaft

Mobile Jugendarbeit/Streetwork

Baden-Württemberg e. V



KURZFASSUNG

Auf einen Blick

AUSGANGSLAGE

Extremismusprävention wird fachlich breiter. Neben Ideologie und Gewalt geraten soziale Teilhabe, psychosoziale Belastungen, Diskriminierung, Resilienz und Zugehörigkeit stärker in den Blick.

PROBLEM

Viele dieser Faktoren sind für Radikalisierungsverläufe relevant, gehören aber zugleich zu eigenständigen Aufträgen von Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit oder Demokratieförderung. Ein immer weiter gefasster Präventionsbegriff droht diese Mandate unter einer allgemeinen Sicherheitslogik zusammenzuführen.

VORSCHLAG

Baden-Württemberg sollte eine Architektur entwickeln, die präzise zwischen Präventionsauftrag, präventiver Wirkung und Demokratieförderung unterscheidet und ihre Schnittstellen systematisch organisiert.

FÜNF EMPFEHLUNGEN

- 1 Landesprogramm als Architektur unterschiedlicher Mandate entwickeln.
- 2 Förderprogramme stärker über Wirkmechanismen und Problemlagen als über Zielgruppen definieren.
- 3 Phänomenübergreifende Kompetenz strukturell fördern.
- 4 Interdisziplinäre Fallklärung und Übergänge ausbauen.
- 5 Demokratieförderung als eigenständigen politischen Auftrag stärken.

1. Ausgangspunkt

Extremismusprävention ist in den vergangenen Jahren fachlich breiter geworden. Neben ideologischen und sicherheitsbezogenen Faktoren richtet sich der Blick zunehmend auf psychosoziale Belastungen, gesellschaftliche Teilhabe, Diskriminierungserfahrungen, soziale Einbindung und individuelle Resilienz. Diese Erweiterung ist in vieler Hinsicht sinnvoll. Sie wirft jedoch eine grundlegende Frage auf: Welche Aufgaben gehören tatsächlich zur Extremismusprävention und welche besitzen einen eigenständigen sozial-, bildungs- oder demokratiepolitischen Auftrag?

Diese Frage gewinnt in Baden-Württemberg zusätzliche Bedeutung. Der Koalitionsvertrag 2026–2031 kündigt ein Landesprogramm „Demokratieförderung“ an, das Demokratiebildung sowie die Prävention von Extremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken, besser miteinander verzahnen und Doppelstrukturen vermeiden soll.

Darin liegt eine fachpolitische Chance. Voraussetzung ist allerdings, dass unterschiedliche Aufträge nicht lediglich organisatorisch zusammengeführt, sondern in ihrer jeweiligen Wirklogik unterschieden und an ihren Schnittstellen systematisch verbunden werden.

BEGRIFFLICHE KLÄRUNG

2. Das Problem: ein immer weiterer Präventionsbegriff

Viele Bedingungen, die Radikalisierungsprozesse beeinflussen können, sind nicht spezifisch für Extremismus. Soziale Isolation, psychische Krisen, fehlende Selbstwirksamkeit, Diskriminierung oder mangelnde gesellschaftliche Teilhabe können relevante Faktoren darstellen. Maßnahmen, die diese Bedingungen verbessern, können deshalb auch präventive Wirkungen entfalten.

KERNUNTERSCHIEDUNG

Aus einer präventiven Wirkung folgt noch kein Präventionsauftrag.

Jugendarbeit, Schule, psychosoziale Versorgung oder Demokratieförderung besitzen eigene fachliche und gesellschaftliche Begründungen. Werden sie überwiegend unter dem Gesichtspunkt zukünftiger Radikalisierungsrisiken betrachtet, besteht die Gefahr, immer größere Bereiche gesellschaftlichen Handelns unter eine Sicherheits- und Verhinderungslogik zu stellen.

Präventionspolitik sollte deshalb präziser bestimmen, welche Entwicklung verhindert werden soll, welcher Mechanismus angenommen wird und an welchem Punkt eine Intervention ansetzt.

3. Drei Dimensionen genauer unterscheiden

Für die Praxis erscheint es hilfreich, Radikalisierungsprozesse entlang dreier miteinander verbundener, aber nicht identischer Dimensionen zu betrachten. Die Unterscheidung ist als Heuristik gedacht. Sie soll keine lineare Verlaufslogik behaupten, sondern unterschiedliche fachliche Fragestellungen sichtbar machen.

Dimension	Leitfrage	Worum es geht
Ideologischer Inhalt	Was glaube ich?	Vorstellungen von Gesellschaft, Ordnung, Zugehörigkeit, Ungleichheit, Feindbildern und politischer Veränderung.
Ideologische Schließung	Wie glaube ich es?	Exklusivität des Deutungsanspruchs, sinkende Ambiguitätstoleranz und abnehmende Legitimität alternativer Sichtweisen.
Gewaltorientierung	Welche Mittel gelten als legitim?	Eigene Gewaltbereitschaft sowie Legitimation, Unterstützung, Mobilisierung oder rhetorische Vorbereitung von Gewalt.

ARBEITSBEGRIFF „IDEOLOGISCHE SCHLIESSUNG“

Der Begriff bezeichnet hier einen Prozess, in dem eine Weltanschauung zunehmend exklusiven Erklärungsanspruch erhebt, alternative Deutungen an Legitimität verlieren und Mehrdeutigkeit immer weniger ausgehalten wird.

Die drei Dimensionen helfen, unterschiedliche Konstellationen voneinander zu trennen: Eine starke politische oder religiöse Überzeugung ist nicht automatisch extremistisch. Ideologische Schließung muss nicht zwangsläufig in Gewaltorientierung münden. Umgekehrt können Menschen Gewalt anderer legitimieren oder mobilisieren, ohne selbst unmittelbar gewaltbereit zu sein. Diese Differenzierungen sind für Beratung, Bildung und Sicherheitsbewertung gleichermaßen relevant.

4. Phänomenübergreifende Prävention als Integrationsleistung

Phänomenübergreifende Prävention sollte weder mit phänomenunspezifischer Arbeit verwechselt noch als bloße Addition verschiedener Extremismusformen verstanden werden. Für dieses Papier wird deshalb ein integratives Verständnis vorgeschlagen.

- Phänomenunspezifisch handeln können. Lebenslagen, biografische Krisen, Anerkennung, Zugehörigkeit, Selbstwirksamkeit und soziale Beziehungen müssen bearbeitet werden können, ohne Menschen zunächst einem Extremismusphänomen zuzuordnen.
- Phänomenspezifisch verstehen können. Ideologien, Narrative, Szenen, historische Bezugnahmen, Feindbilder, Symbole und Formen der Gewaltlegitimation erfordern spezifisches Wissen.
- Beziehungen zwischen Phänomenen erkennen können. Brückennarrative, gemeinsame ideologische Elemente, gegenseitige Mobilisierung und Prozesse der Co- beziehungsweise reziproken Radikalisierung müssen als eigene Dynamiken berücksichtigt werden.

LEITIDEE

Phänomenübergreifende Arbeit muss phänomenunspezifisch handeln können, phänomenspezifisch verstehen und zugleich die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Phänomenen erkennen.

Ein solches Verständnis reduziert Ideologien nicht auf gemeinsame psychosoziale Ursachen. Es verhindert zugleich, dass phänomenspezifisches Wissen in getrennten Silos verbleibt. Gerade dort, wo sich antisemitische, antifeministische, autoritäre oder verschwörungsideologische Elemente in unterschiedlichen Milieus wiederfinden oder sich extremistische Akteur:innen gegenseitig als Bedrohungsbeleg nutzen, braucht es beides: Differenzierung und Verbindung.

5. Von Risikogruppen zu Risikolagen

Präventionspolitik arbeitet regelmäßig mit Zielgruppen. Das ist administrativ nachvollziehbar, wird fachlich aber problematisch, wenn statistische Zusammenhänge in Eigenschaften von Gruppen übersetzt werden.

Migration, Herkunft oder Religionszugehörigkeit erklären Radikalisierung nicht. Relevant können dagegen konkrete soziale, institutionelle oder psychosoziale Bedingungen sein, die innerhalb gesellschaftlicher Gruppen unterschiedlich verteilt sind.

LEITSATZ

Prävention sollte Risikolagen bearbeiten, ohne daraus Risikogruppen zu konstruieren.

Eine solche Perspektive blendet Risiken nicht aus. Sie zwingt vielmehr dazu, genauer zu bestimmen, welcher Mechanismus angenommen wird und welche Institution überhaupt zuständig ist. Je nach Lage kann die angemessene Antwort sozialpädagogisch, psychosozial, medizinisch, politisch-bildnerisch, spezialpräventiv oder sicherheitsbehördlich sein.

ZWEI LOGIKEN

6. Prävention und Demokratieförderung brauchen unterschiedliche Mandate

Demokratieförderung sollte nicht erst dadurch legitimiert werden müssen, dass sie Extremismus verhindert. Demokratische Gesellschaften benötigen Orte, an denen Menschen Beteiligung, Konfliktfähigkeit, Selbstwirksamkeit, Anerkennung und den Umgang mit Unterschiedlichkeit erfahren. Solche Erfahrungen können gegenüber Radikalisierungsprozessen schützen. Ihr gesellschaftlicher Wert erschöpft sich darin jedoch nicht.

Schutz- und Präventionslogik

Konkrete problematische Entwicklungen erkennen, unterbrechen und Gefahren reduzieren. Sie benötigt einen benennbaren Gegenstand, plausible Wirkannahmen und klare Zuständigkeiten.

Förder- und Ermöglichungslogik

Demokratische Erfahrungen, gesellschaftliche Beteiligung, soziale Zugehörigkeit und die Voraussetzungen eigenständiger demokratischer Urteils- und Handlungsfähigkeit stärken.

Beide Logiken überschneiden sich in der Praxis. Sie sollten aber weder begrifflich noch institutionell ineinander aufgelöst werden. Eine präzise Architektur macht ihre Eigenständigkeit sichtbar und organisiert zugleich Übergänge und Kooperation.

7. Fünf Empfehlungen für Baden-Württemberg

1

Das Landesprogramm als Architektur unterschiedlicher Mandate entwickeln
Das angekündigte Landesprogramm Demokratieförderung sollte Demokratiebildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention nicht unter einem einheitlichen Präventionsbegriff zusammenführen. Sichtbar werden sollte, welche Bereiche eigenständige Mandate besitzen und wo verbindliche Schnittstellen erforderlich sind.

2

Förderprogramme stärker über Wirkmechanismen als über Zielgruppen definieren
Ausschreibungen sollten weniger von pauschalen Gruppenbeschreibungen ausgehen und stärker benennen, welche Risikolagen, Mechanismen und Handlungsbedarfe adressiert werden sollen. Das reduziert Stigmatisierungsrisiken und erhöht die fachliche Prüfbarkeit von Wirkannahmen.

3

Phänomenübergreifende Kompetenz strukturell fördern
Fallstellen sollten phänomenspezifische Expertise, Kompetenzen für phänomenunspezifische Fallarbeit und die Analyse phänomenübergreifender Dynamiken verbinden können. Dazu gehören insbesondere Brückennarrative, ideologische Überschneidungen und Prozesse gegenseitiger Radikalisierung.

4

Interdisziplinäre Fallklärung und Übergänge ausbauen
Fachkräfte treffen auf Situationen, in denen psychische Krisen, soziale Konflikte, ideologische Bezüge und sicherheitsrelevante Beobachtungen nicht eindeutig voneinander getrennt werden können. Beratungsstrukturen sollten deshalb Zugang zu sozialpädagogischer, psychologischer bzw. psychiatrischer, präventionsfachlicher und gegebenenfalls sicherheitsbehördlicher Expertise ermöglichen.
Das Land sollte hierfür verlässliche Strukturen der interdisziplinären Fallklärung und Weitervermittlung fördern.

5

Demokratieförderung als eigenständigen politischen Auftrag stärken
Demokratiebildung und Demokratieförderung sollten langfristig, strukturell und unabhängig von aktuellen Extremismusalagen finanziert werden. Ihr Auftrag besteht nicht allein darin, zukünftige Gefahren zu reduzieren, sondern demokratische Teilhabe, Konfliktfähigkeit und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu ermöglichen.

8. Schluss

Das Landesprogramm Demokratieförderung bietet Baden-Württemberg die Möglichkeit, gewachsene Strukturen nicht lediglich neu zu bündeln, sondern fachlich weiterzuentwickeln. Dazu braucht es einen Präventionsbegriff, der präzise genug ist, konkrete Risiken benennen zu können, und zugleich begrenzt genug bleibt, um nicht jede sozial- oder bildungspolitische Aufgabe zur Extremismusprävention zu erklären.

SCHLUSSSATZ

Eine tragfähige Architektur unterscheidet zwischen verhindern, schützen und fördern und organisiert zugleich die Übergänge zwischen diesen Aufgaben. Eine Demokratie muss nicht alles, was sie stärkt, als Prävention dessen begründen, was sie bedroht.

Quellen und fachliche Bezugspunkte

Das Policy Paper verdichtet Argumente eines ausführlicheren Fachessays. Die folgenden Quellen markieren zentrale fachliche Bezugspunkte; die Arbeitsbegriffe „ideologische Schließung“ und das „integrative Verständnis phänomenübergreifender Prävention“ werden im Papier als eigene analytische Vorschläge verwendet.

Allroggen, Marc; Kulaçatan, Meltem; Schetter, Conrad; Yıldırım-Schlüsing, Carina (2025): Wie die deutsche Politik Radikalisierung indirekt fördert. BICC Policy Brief 10/2025.

<https://www.bicc.de/>

Kulaçatan, Meltem; Allroggen, Marc; Müller, Jochen (2026): Gibt es einen Zusammenhang von Migration und Radikalisierung? Interview, ufuq.de.

<https://www.ufuq.de/aktuelles/gibt-es-einen-zusammenhang-von-migration-und-radikalisierung/>

Moreno Barreneche, Sebastián (2022): The morphological account of political ideologies and the semiosphere. Lexia 39–40, S. 263–278.

<https://www.researchgate.net/>

Zmigrod, Leor (2020): The role of cognitive rigidity in political ideologies. Current Opinion in Behavioral Sciences 34, S. 34–39. DOI: 10.1016/j.cobeha.2019.10.016.

<https://doi.org/10.1016/j.cobeha.2019.10.016>

McCauley, Clark; Moskaleiko, Sophia (2017): Understanding Political Radicalization: The Two-Pyramids Model. American Psychologist 72(3), S. 205–216.

<https://doi.org/10.1037/amp0000062>

Freiheit, Manuela; Uhl, Andreas; Zick, Andreas (2022): Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention. MAPEX / Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://www.bpb.de/themen/infodienst/505225/phaenomenuebergreifende-radikalisierungspraevention/>

Meiering, David et al. (2018): Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. PRIF Report 7/2018.

<https://www.prif.org/>

Busher, Joel; Macklin, Graham (2015): Interpreting “Cumulative Extremism”: Six Proposals for Enhancing Conceptual Clarity. Terrorism and Political Violence 27(5), S. 884–905.

<https://doi.org/10.1080/09546553.2013.870556>

Koalitionsvertrag Baden-Württemberg 2026–2031: Passagen zum geplanten Landesprogramm „Demokratieförderung“.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/>

CLIX-Bedarferhebung 2026, n=62, bislang unveröffentlichte Projektdaten; Projektverbund FEX Baden-Württemberg, Universitätsklinikum Ulm und Universität Ulm.

Impressum

Herausgeberin

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Autor

Mathieu Coquelin

Redaktion und fachliche Verantwortung

Mathieu Coquelin, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. und Leiter der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung Baden-Württemberg (FEX)

Stand

August 2026

Gestaltung

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Kontakt

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Heilbronner Straße 180 | 70191 Stuttgart

www.lag-mobil.de

coquelin@lag-mobil.de

© Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V., 2026

Zum Autor

Mathieu Coquelin ist Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. und Leiter der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung Baden-Württemberg (FEX). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Extremismus- und Radikalisierungsprävention, der politischen Bildung und Demokratieförderung sowie an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Wissenschaft, Verwaltung und Sicherheitspolitik. Er entwickelt und verantwortet seit vielen Jahren fachliche Ansätze und Transferprojekte im Bereich der phänomenübergreifenden Prävention.